

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelgenpreis die Spedition. Colonnetten für Arbeitsnachweise 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verwaltung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3866-87. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Ausgabe Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 32.

Duisburg, den 9. August 1919.

20. Jahrgang

Wie sollen wir werben?

Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat seit der Revolution eine glänzende Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Hunderttausende sind unserer Bewegung zugeströmt, und es kommt jetzt darauf an, diesen Kollegen ein Betätigungsfeld im Rahmen unserer Verbände zuzudeckeln. Es soll nun nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, die verschiedenen Betätigungsmöglichkeiten zu schildern, sondern im nachfolgenden soll lediglich versucht werden, denjenigen Kollegen einige Fingerzeige zu geben, die von der Notwendigkeit des Metallerwerberverbandes überzeugt sind, zu zeigen, wie sie zweckmäßig in dieser Richtung wirken können.

Es ist selbstverständlich, daß in erster Linie die Gewinnung neuer Mitglieder ausschlaggebend ist. Die Zeit, wo uns die Arbeiter in Scharen durch die allgemeine Entwicklung zugetrieben wurden und wo infolge der radikalen partakistischen Umtriebe auch manche zu uns gestiegen sind, die früher aus der sprichwörtlichen Gleichgültigkeit nicht heraus konnten, dürfte vorüber sein. Auch hat sich das Heer der Unorganisierten erfreulicherweise stark vermindert. Immerhin ist die Zahl der Unorganisierten auch heute noch groß. Die Verhältnisse liegen aber für die Agitation insofern schwieriger, weil die Unorganisierten im allgemeinen nicht mehr in Massen in Erscheinung treten, sondern sich teils mehr oder weniger auf alle Berufe und Betriebe verteilen.

Die Agitation muß daher andere Formen annehmen. Die Werbearbeit heute in Haus und Hof betreiben zu wollen, würde nicht zum Ziele führen — es kann nicht mehr „geramst“ werden, sondern wir müssen zur intensiven Kleinarbeit übergehen.

„Das kennen wir schon“, werden manche langjährige Werksmitarbeiter denken — aber trotzdem bitten wir, ruhig weiterzulesen. Warum sollen wir die Erfahrungen der Vergangenheit nicht zu Rate ziehen, um zweckmäßige Methoden für die Zukunft zu finden? Das neue Gesichtspunkte unsere agitatorische Kleinarbeit leiten müssen, ist in Anbetracht der veränderten Verhältnisse selbstverständlich. Aber andererseits soll man auch nicht davor zurückschrecken, alte bewährte Mittel der früheren Jahre wieder mit in Anwendung zu bringen.

Die Vorgänge der letzten Monate haben bei vielen, besonders neuen Mitgliedern eine falsche Auffassung über die zu leistende Gewerkschaftsarbeit herbeigeführt. Im Sturmtempo sind eine ganze Reihe von gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt worden; manches kam — das darf ruhig gesagt werden — etwas überstürzt. Viele Arbeiter haben Erfolge mit eingesehen, für die sie eigentlich gar nicht gekämpft hatten. Immerhin war die fast reiflose Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Grundforderungen freudig zu begrüßen. Bedauerlich aber war es, daß ein unangebrachter Radikalismus diese Entwicklung zu stören suchte. Die Partakisten erstreben den vollständigen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens, um neu aufbauen zu können — eine wahnsinnige Idee. Durch radikalste, alles überbietende Forderungen glaubte man die Zerkümmern am schnellsten erlangen zu können. Wenn leider so viele Arbeiter sich auf diese Weise von einem Streit in den anderen hegen ließen und sich in einen gewissen Gegensatz zu ihren eigenen gewerkschaftlichen Organisationen setzten, so kann das nur dadurch erklärt werden, daß diese Arbeiter noch nicht das richtige Verständnis für praktische Gewerkschaftsarbeit hatten.

Die gewerkschaftliche Idee will aufbauen, verbessern — aber niemals zerstören. Nicht Augenblickserfolge wie der Wert der Arbeit, sondern dauernden, gesicherten Fortschritt. So häufen wir in zäher Arbeit Stein auf Stein zum Bau, der uns Arbeitern in der Zukunft eine angenehmere Lebensweise ermöglichen soll. Alle diejenigen Kollegen aber, die seit Jahren praktisch im Verbandsmitgearbeitet haben, wissen, daß die „Reformen“ zunächst bei den Arbeitern und bei jedem einzelnen selbst vor sich gehen muß. Nicht auf die äußeren Formen, in denen unser Wirtschaftsleben sich bewegt kommt es an, sondern auf den Geist der alle beherrscht und besonders von der Arbeiterschaft ausströmen muß.

Was aber diesen Geist der Arbeiter angeht, so haben wir leider nicht mit einer günstigen Entwicklung zu rechnen. Zwar haben Hunderttausende sich der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen. Wenn man aber berücksichtigt, welche verberbliche Welle auch heute noch die radikalen Großmänner und Phrasendekler bei der Arbeiterschaft spielen können und wie lässig Sachlichkeit manchmal verpönt ist, so möchte man fast annehmen, daß die letzten Monate vieles von dem zerstört hätten, was in jahrelanger, mühevoller Arbeit durch die christliche Arbeiterbewegung in die Herzen der Kollegen gepflanzt wurde.

Kollegen! Wenn die Dinge sich teils mehr oder weniger stark in dieser Richtung entwickeln konnten, so sind daran unsere geschulten christlichen Gewerkschaftsleiter nicht ganz unschuldig. Wir sind in der Regel zurückhaltend gewesen, manchmal zu menschlich rückwärts; wollten nicht Unstolz erregen, während die sozialistischen Agitatoren rückwärtslos, ja brutal ihre Ansicht verfochten. Gewiß, es war nicht immer leicht, für unsere Ideale einzutreten, aber es hilft alles nicht, wollen wir entscheidend den Gang der Dinge mit beeinflussen, so müssen wir mehr aus uns heraus gehen und dürfen den etwaigen Rabau nicht scheuen. Auch dürfen wir nicht warten bis man uns angreift, sondern wir haben alle Ursache, zum Angriff überzugehen, besonders wenn es sich um unsere sozialdemokratischen Gegner handelt. Wir können hier nicht auf Einzelheiten eingehen, aber es kann allgemein festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie sich als vollkommen unfähig gezeigt hat, ihre Versprechungen zu erfüllen, während sie andererseits mit jedem Tage klarer

zeigt, daß in wirtschaftlicher Hinsicht der Weg auch von der Sozialdemokratie beschritten werden muß, den wir schon immer als den einzig möglichen bezeichnen haben. Warum sollten wir da mit unserer Meinung zurückhalten.

Wir haben die Pflicht, unsere Anschauung offen vor jedem zu vertreten, und zwar gilt dieses sowohl für das Versammlungsleben, wie auch bei der Agitation von Mund zu Mund und in den Betrieben.

Die erste Voraussetzung für eine erfolgversprechende agitatorische Tätigkeit besteht also darin, daß unsere Kollegen in überzeugender und kluger Weise, schlagfertig und mutig unsere Ideen vertreten. Wenn die Kollegen sich von diesen Grundregeln leiten lassen, so ergeben sich tatsächlich die bestmöglichen Möglichkeiten, um werbend für den Verband tätig sein zu können, und der Erfolg steigt mit der Erfahrung und Geschäftigkeit, die der einzelne sich bei dieser Wirksamkeit naturgemäß aneignet. An Hand von einigen Beispielen nach tatsächlichen Vorkommnissen aus der agitatorischen Praxis wollen wir in der nächsten Nummer prüfen, wie bei richtiger Ausnutzung sich bietender Gelegenheiten Großes erreicht, aber auch bei Verpassen solcher Gelegenheiten großer Schaden angerichtet werden kann.

Die Syndikalisten

vereintigt in der „Freien Vereinigung“ waren vor der Revolution eine unbekannte Erscheinung. Erst in neuerer Zeit taucht diese Bewegung auf der Bildfläche auf, alles um sich sammelnd, was mit den bestehenden Einrichtungen unzufrieden und denen aller anderen Organisationen zu wenig radikal sind. An ihre Spitze stellen sich Leute, die entweder von auswärts nach hier importiert wurden oder aber solche, die vor der Revolution in der Arbeiterbewegung vollkommen unbekannt, plötzlich nach der Revolution ihr „Führertalent“ entdecken. Bei der heutigen Volksstimmung konnte es nicht ausbleiben, daß dieselben einen gewissen Anhang um sich scharen konnten, umso mehr als es die radikalen Elemente nicht an dem nötigen Druck fehlen ließen. Bezeichnender Weise sucht ein recht großer Teil der „Führer“ „Weg“ ihr Heil im Radikalismus. Das Programm der „Freien Vereinigung“ verdient wegen seiner Konfusität und seiner Gegenläufigkeit der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Es lautet:

Die Syndikalisten sind Kommunisten.

Die Syndikalisten propagieren den wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf.

Die Syndikalisten propagieren Solidaritäts- und Generalstreiks passive Resistenz.

Die Syndikalisten garantieren Ihren Mitgliedern das höchste Selbstbestimmungsrecht.

Die Syndikalisten sind Gegner von Tarif- und Kollektivverträgen.

Die Syndikalisten sind für Einheitslöhne.

Mit Ausnahme des vierten Punktes bewegen sich die Programmpunkte in direktem Gegensatz zu praktischer Gewerkschaftsarbeit und stellen zum Teil, wie der letzte Punkt, Unmögliches dar. Aus dem Programm ergibt sich auch ohne weiteres, daß es sich gar nicht um eine gewerkschaftliche, sondern um eine politische Partei handelt, und zwar um eine solche der schlimmsten Sorte. Möglichst übertriebene Forderungen und radikale Phrasen sollen zum Mitgliedererwerb dienen. Ein „Führer“ der Syndikalisten vertritt vor kurzer Zeit in einer Betriebsversammlung des Eisenwerks Hüh den Standpunkt, er hätte seine Arbeitsleistung schon vollbracht und Anspruch auf seinen Lohn, wenn er morgens von seiner Wohnung zur Arbeitsstelle gehe; dann hätte er im Interesse des Kapitalismus genug geleistet. Dieses und ähnliches Zeug, das jedoch einen Schluß ziehen läßt auf die geistige Verfassung des „Führers“, wie auch auf dessen Faulheit, wird in der gegenwärtigen Zeit in den Versammlungen verzapft. Mit solchen Gegnern müssen sich heute die Gewerkschaftsangehörigen herumzocken und auseinandersetzen. Die Syndikalisten haben durch ihre Zerplitterungsaktivität und Minderarbeit gegen die Gewerkschaften und deren Führer, der Arbeiterschaft zweifellos einen bedeutenden Schaden zugefügt. In ihrer großen Mehrheit weist dieselbe die Machenschaften zurück. Die Verführten aber mögen in ihrem eigenen Interesse ebenfalls das Joch abschütteln und sich zu praktischer Tätigkeit in den Gewerkschaften zusammenfinden. Dieselben dürfen sich auch nicht beeinflussen lassen, durch den geringeren Beitrag von (0,80 Mk. pro Woche) gegenüber den Gewerkschaften. Derselbe ist vielmehr außerordentlich hoch, wenn man berücksichtigt, daß für diesen Beitrag nicht die geringste Unterstützung, weder bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Sterbefall gewährt wird. Ja es besteht nicht einmal Anspruch auf Streikunterstützung, da auch diese nicht im Statut festgelegt ist, sondern von Fall zu Fall beschlossen wird. Zudem soll dieser geringe Beitrag zweifellos auch nur als Vorkaufsbeitrag dienen, da das Statut einen Jahresbeitrag von einem halben Wochenlohn vorschreibt, was einen wesentlich höheren Wochenbeitrag ergibt.

Für die auf christlichem Boden stehenden Arbeiter kann kein Zweifel sein, daß sie die „Freie Vereinigung“ und deren Bestrebungen weit von sich weisen müssen. Wo sich einer derselben hat verblüffen lassen, ist die Umkehr von diesem Weg seine Pflicht, wenn er mit seiner Ueberzeugung nicht Gesinnungslumperei betreiben will. Die Stärkung und der Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften bietet allein die Garantie, daß die Arbeiterschaft aus dem jetzigen Chaos ohne größere Schäden hervorgeht und ihre Interessen wirksam vertreten werden. Die christlichen Gewerkschaften sind auch stark genug, eventl. Terrorismusversuchen entschieden entgegenzutreten und ihre Mitglieder zu schützen. Deshalb, christliche Arbeiter, wachet auch in der kommenden Zeit eure Ueberzeugung, schließt die Reihen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Ueberleitung der Frauen in die Friedensarbeit

Während für die Zurückleitung der Männer aus dem Heeresdienst in die heimischen Arbeitsplätze schon seit langem ein genau ausgearbeiteter Demobilisationsplan besteht, der eine Entlassung und eine Verteilung derselben nach produktionspolitischen Gesichtspunkten vorsieht, ist von einem entsprechenden Plan für die Demobilisation der Frauen bisher nichts bekannt geworden. Hier wird es sich umgekehrt darum handeln, die Hunderttausende von weiblichen Arbeitskräften, die der Krieg in den Dienst der Produktion gestellt hat, aus dieser wieder herauszuführen und für die Männerhände Platz zu machen. Und zwar so, daß einmal diese Zurückleitung der Frauen ohne übermäßige Härten für diese geschieht, sodann aber auch übergroße Anstauungen und unerwünschte Zusammenstöße mit der männlichen Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden. Diese Aufgabe wird keine leichte sein. Man vergegenwärtige sich z. B., daß allein die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung, die vor dem Kriege in einigen wenigen Dienstzweigen (im Bureau, Abfertigungs-, Telegraphen- und Schrankenwärterdienst, bei der Bahnunterhaltung, der Heimgang der Vertriebsmittel und der Diensträume) knapp 10 000 Frauen beschäftigte, die weiblichen Kräfte nunmehr zu fast allen Dienstverrichtungen des vielseitigen Eisenbahnwesens zugelassen und ihre Zahl allmählich auf 100 000 erhöht hat. Um ähnliche Massen handelt es sich bei den unmittelbar kriegswirtschaftlichen Industriezweigen und an von diesen besonders besetzten Orten. Viele Frauen werden zudem des Arbeitsverdienstes bühlich nicht entbehren können, so daß also auch nach dieser Richtung hin nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten bestehen.

Es entspricht also einem dringenden Bedürfnis, wenn dieser Tage in einer Eingabe an den Bundesrat und Reichstag die Gesellschaft für Soziale Reformen es unternommen hat, für die Ueberführung der Frauen aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft einige wesentliche Forderungen aufzustellen. Es wird dabei durchaus der Eigenart der Frauenarbeit und den Anforderungen des Gemeinwohlbedingungs getragen, wenn dabei auch sozialpolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt werden, und an erster Stelle eine Wiederherstellung des durch die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft vielfach ausgeschalteten aber gemilderten Erbeiterstandes verlangt wird. Dazu kommt, daß vielfach Frauen, auch während des Krieges in neue, gesundheitsförderliche Gewerbegebiete eingebunden sind, für die noch keine Bestimmungen erlassen waren, weil sie vor dem Kriege keine Frauen beschäftigten. Angesichts dessen ist es zu wünschen, daß die Prüfung darüber anzustellen, in welchen Beschäftigungen die Frauenarbeit zu verbieten oder mit besonderen Schutzbestimmungen zu umgeben ist.

Wichtige Aufgaben werden bei der Ueberleitung der Frauen in für sie mehr passende Erwerbsmöglichkeiten, von Ort zu Ort, den Arbeitsvermittlungstellen erwachsen, die zu erfüllen ihnen umso schwerer fallen wird, als nach der Rückführung der weiblichen Arbeitsvermittlung die Arbeitsnachweise im großen und ganzen bisher nicht den wünschenswerten Ausbau gefunden haben. Hier wird demnach noch tatkräftig einzusetzen sein, eventuell mit finanzieller Unterstützung des Reiches. Zur Sache selbst ist zu verlangen, daß die Arbeitsvermittlung die zur Entlassung kommenden, arbeitssuchenden Frauen noch vor dem Zeitpunkt der Entlassung erfassen, ihnen nach Möglichkeit Arbeit verschaffen, Obdachlose in Fürsorge nehmen und Ortsfremde in die Heimat überführen muß. Zu diesem Zweck sind die Arbeitgeber zu verpflichten, bei Entlassungen von mehr als 50 Arbeiterinnen eine achtstägige Kundigungsfrist einzuhalten und der zuständigen Zentralarbeitsnachweise acht Tage vorher Mitteilung zu machen. Die Arbeiterinnen sind nachdrücklich auf die öffentlichen Arbeitsnachweise hinzuweisen, ortsfremde Arbeiterinnen, denen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, der heimischen Arbeitsvermittlungsstelle zu überweisen.

Bei der Entlassung von Arbeiterinnen sollte ein grundsätzlicher Unterschied insofern gemacht werden, als — soweit nicht besondere fachliche Befähigung der Arbeiterin vorliegt — zu berufstätigen ist, ob sie auf eigenen Erwerb angewiesen ist, und ob sie aus arbeitsungrünen Berufen (Bandweberei, Dienstmädchen) stammt. In manchen Fällen wird der Ueberleitung manche Härte oder Schärfe abgenommen werden können durch eine Streckung der Arbeit. Eine solche zwangsläufig anzuordnen, dürfte sich bei der Unübersichtlichkeit des Wirtschaftslebens nach dem Kriege nur für die Gewerbe empfehlen, bei denen sie in eine enge Beziehung zu einer staatlich kontrollierten Rohstoffversorgung gebracht werden kann. Im übrigen ist den privaten Arbeitgebern die soziale Pflicht, die vorhandenen Arbeitsmengen bei starkem Ueberangebot an Arbeitskräften auf möglichst viele Arbeiter zu verteilen, nahezu legen. Eine wichtige Rolle wird zwecks Ueberleitung von Arbeit für Frauen nach dem Kriege auch die Begehung öffentlicher Arbeit, namentlich an Näh- und Instandsetzungsarbeiten, spielen. Einen guten Anhalt für System und Organisation der Verteilung solcher Arbeiten gibt das Prinzip der Heeresverwaltung. Auch die Arbeitsnachweise sind bei der Auswahl der Personen für solche Arbeiten zweckmäßig zu beteiligen. Endlich wird die Arbeitslosenunterstützung für die Frauen generell zu regeln sein, wenn wir auch hier nicht verkennen wollen, daß es sich um ein Problem handelt, das besonders viele Schwierigkeiten in sich birgt.

Da die gewaltige Frauenbeschäftigung im Kriege vorausichtlich noch lange in die Friedenszeit hinein nachwirken wird, dürfte es sich empfehlen, die Weisheit für Frauenarbeit im Kriegesamt mit Friedensschluß nicht einfach abzuschaffen, sondern sie nach Möglichkeit für die Friedenszeit in irgend einer Form den Zivilbehörden anzugliedern. Die Berücksichtigung aller Maßnahmen der Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Gesundheits-, Wohnungs- und Kinderfürsorge unter

dem besonderen Gesichtspunkt der Frauennarbeit ist in der Uebergangszeit mit ihren vielfach noch verschärften Problemen unentbehrlich. Es müssen daher entsprechende Stellen mit einer Spitze im Reichswirtschaftsrat geschaffen werden, wobei insbesondere dann unserer Erwähnung auch zwischen der öffentlichen und privaten Fürsorge zur gegenseitigen Anregung und Befruchtung entsprechende Brücken zu schlagen wären.

Streiflichter
Gegen Wohnungsschacher.

In der letzten Zeit haben sich auf dem Wohnungsmarkt Missstände gezeigt, die in der Form eines Wohnungsschachers einen bedrohlichen Charakter annehmen. Das Ortsstatell der Christlichen Gewerkschaften von Groß-Stuttgart hat sich deshalb mit folgendem Schreiben an das württembergische Ministerium des Innern gewandt.

Das Ortsstatell der Christlichen Gewerkschaften Groß-Stuttgart hat sich in seiner letzten Vertreterversammlung mit den derzeitigen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt beschäftigt. Mit Bedauern mußte festgestellt werden, daß trotz vieler Ausprägungen auf diesem Gebiete die Verhältnisse immer schlimmer werden. Die Schwierigkeiten aus der heutigen Wirtschaftslage werden in keiner Weise dabei verkannt.

Die Schwierigkeiten in der Erlangung von Wohnungen hat nun noch zum Ueberfluß ein Wohnungsmarkt in dem neuerdings geltend. In den Zeitungen Württembergs erscheinen schon seit Monaten Anzeigen, worin für den Nachweis und Beschaffung einer Wohnung Summen mit 100, 200, 250 Mark und mehr geboten werden.

Dieser Zustand führt nun dazu, daß Wohnungen verhandelt werden, sei es direkt durch Hausbesitzer oder Wohnungsmäcker indirekt. Bereits werden stellenweise unerschwingliche Wohnungspreise gefordert. Dazu kommt noch allmählich, daß zu diesen Höchstpreisen noch solche einmalige Handlungskosten kommen. Solche Zustände wirken naturgemäß in steigendem Maße erbitternd, machen die sonstigen sozialen Maßnahmen wertlos.

Das Ortsstatell der Christlichen Gewerkschaften Groß-Stuttgart ersucht dringend, das Ministerium des Innern einem solchen Mißstand entgegen zu wirken. Ungeheuer genannter Art sollten mindestens verboten werden, jeder Wohnungsschacher streng bestraft.

Wir sind religiös-neutral.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften machen fortgesetzt der Arbeiterschaft weiß, sie seien religiös neutral, jedermann könne nach seiner Façon selbig werden, jede fremde religiöse Meinung müsse man achten und wie die herrschende Worte alle heißen. Wie die religiöse Neutralität in Wirklichkeit aussieht, dafür bietet das Organ des sozialdemokratischen Zentralverbandes einen Beweis. Das Organ schreibt unter dem Titel „Die zehn Gebote der Arbeiter“:

„Lasse dich nicht betragen! Der Baum der Erkenntnis ist der Baum des Lebens. Der Acker, welcher im Ueberfluß leben, aber nicht arbeiten will, verstreut dich vom Baum der Erkenntnis. Nicht auf dieser Welt sollst du das Paradies haben, sondern im Jenseits. Hierleben sollst du leiden, im Jenseits wirst du dafür belohnt. Sie versprechen dir das Paradies der anderen Welt, damit sie es auf dieser Welt genießen können. Du sollst erkennen, daß das Recht zum Leben gleichgültig das Recht ist, auf dieser Welt glücklich zu sein.“

Diese Schimpfphäre nennt man Achtung vor der Ueberzeugung Anspruchslos. Der gute Mann, der dies schrieb, sollte eigentlich nur über Dinge schreiben, von denen er etwas versteht. Seine ordinären Ausfälle sind nämlich vollständig banal. Weder das Christentum, noch seine Diener predigen mit Rücksicht auf das Jenseits den Arbeitenden den Verzicht auf das Fortkommen in Diesseits. Im Gegenteil: Den freien Willen und Verstand, welche der Mensch von seinem Schöpfer empfangen hat, soll — nach den Lehren des Christentums — auch jeder zu seinem Fortkommen im Leben gebrauchen.

Aber das braucht ja ein zoter Streiber nicht zu wissen, es genügt, daß er einen solchen Hübschstrahl seinen geduldrigen Lesern vorsetzt.

Die Prinzipienfesten.

Im „Vorwärts“, dem sozialdemokratischen Zentralorgan, lesen wir unter der Ueberschrift „Unabhängige Programm“:

Wir sind prinzipienfest,
Vertreten bis zum Rest
Das Erfurter Programm
Tum, tum!

Wechselgesang:

„Swar steht da was vom Parlament...“

— Drauf pfeifen wir, polz Sapperment! —
— vom gleichen Wahlrecht, Mann und Frau...
— Das nehmen wir nicht so genau...
— parlamentarische Regierung...
— Das ist nur Kapitalverzerung...
— von reiflicher Demokratie...
— Die geben wir im Leben nie,
Nur Mähe — Mäheblatur!
— Doch davon ist' ich keine Spur? —

Chor (rasch einfallend):

Wir sind prinzipienfest,
Vertreten bis zum Rest
Das Erfurter Programm
Tum! tum!

Das Gedicht gegen die U. S. ist wirklich nicht übel, aber der Vorwärts hätte besser getan, es nicht zu veröffentlichen, denn die Mehrheitssozialdemokratie hat genau so viel Dreck am Stecken als U. S. auch. Von „reife Demokratie“ zeugen die zahllosen Terrorfälle, die von mehrheitssozialdemokratischen Gewerkschaften gegen christliche Gewerkschaftler begangen wurden, wahrlich nicht. Im übrigen aber sind beide U. S. und M. S. „prinzipienfest“.

So geht es im Kommunistenstaat.

In Ungarn herrschen bekanntlich die Mähe, die der Menschheit das Heil bringen wollen. Nachdem sie alles durcheinandergewirrt haben, die ungarische Wirtschaft in das schlimmste Chaos stürzten und der Arbeiter selbst bestimmen könne, wie lange und wieviel er arbeiten wolle, sehen sich die Mähe zu folgendem Erlaß genötigt:

Eine Verordnung des Volkswirtschaftsrats der ungarischen Arbeiterregierung bestimmt die Strafen, die gegen Arbeiter angewendet werden, welche die Arbeiterdisziplin verletzen. Ein schweres Vergehen begeht, wer den Betrieb vorsätzlich schädigt oder seiner Dienstpflicht lässig nachkommt, oder sonst den Betrieb vorsätzlich erschwert. Als Strafe setzt die Verordnung je nach der Schwere des Vergehens öffentliche Mähe, Verweisung in einen anderen Betrieb, Herabsetzung des Arbeitslohnes entsprechend der tatsächlichen Arbeitsleistung, sofortige Entlassung, zeitweilige Aussperrung aus jedem sozialisierten Betriebe und Ausschluss aus der Gewerkschaft fest. In den angeführten Fällen schwerer Disziplinarverletzung können auch nichtsozialisierte Betriebe Arbeiter ohne Mähe entlassen.

Das ist ganz nach dem bekannten Scharfmachererlaß: Wer nicht pariert, fliegt. Im übrigen aber zeigt die Verordnung, daß die ganze Musik vom Zukunftsstaat leere Duselei ist, daß vielmehr die Arbeiterchaft in noch schärfere Fesseln kommt, als vorher.

Wirtschaft und Technik

Sozialdemokraten über Sozialisierung.

Das Schlagwort Sozialisierung, mit dem vor der Revolution die Massen aufgepeitscht wurden, ohne über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit ihrer Durchführung ein Wort zu verlieren, hat sich bitter gemacht. Die Massen verlangen Einlösung der Versprechungen, die ihnen gemacht wurden, aber selbst die Führer der Sozialdemokratie müssen jetzt bekennen, daß es mit der Ueberleitung der Wirtschaft von der Privat- in die Gemeinwirtschaft gar nicht so schnell geht, ja, daß manche Wünsche betreffs Sozialisierung sich als leere Träume erweisen hätten. Wir lassen hier einige Stimmen von führenden Sozialdemokraten folgen:

Scheidemann: Die gegenwärtig von Anberufenen verübte Sozialisierung ist der Ruin der Industrie und des Handels.

Eckener: Es gibt jetzt in Deutschland nichts zu sozialisieren.

Dr. Lensch: Die Sozialisierung ist eine Ausbeutungsmaschine im Dienste einer ausländischen Herren- und Erwerbsschicht.

Calver: ... es wird so schon schlimm genug werden, aber ohne den autoritären Sozialismus können wir wenigstens die Hoffnung haben, aus dem Elend uns wieder herauszuarbeiten.

Sue: Daß die Unternehmer uns unfreundlich gesinnt sind, kommt von der Ueberfärbung der Maßnahmen zur Sozialisierung. Wir haben im allgemeinen die geistige Arbeit viel zu wenig gewürdigt.

Schwarz: Im jetzigen Stadium der deutschen Arbeiterchaft zu sagen, daß wir ihr durch die Sozialisierung eine bessere Kulturstufe bieten, ist nur ein Verhöhnungsmittel für das deutsche Volk. Wir dürfen der Arbeiterchaft keine übertriebene Hoffnungen auf die Leistungen der Sozialisierung machen.

Der bekannte mehrheitssozialistische Führer Dr. Singheim er hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. Juni in der Verhandlung über den sogenannten Mäheartikel der Reichsverfassung

erklärt: „Die besten Theoretiker der Unabhängigen geben zu, daß die Sozialisierung gegenwärtig unüberwindlich ist.“ Es sind also auch in den Reihen der Unabhängigen schwerwiegende Bedenken gegen weitere Sozialisierungsmaßnahmen angebracht unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage laut geworden. Ganz besonders bemerkenswert ist eine Erklärung des Schriftleiters „Der Freiheit“, Rud. Hilferding, auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Hilferding sagte, es könne keineswegs garantiert werden, daß durch die Sozialisierung alsbald eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse eintritt!

Jedenfalls zeigen beratliche Äußerungen sozialdemokratischer Führer, wie gefährlich und ungewiß — vor allem in unserer jetzigen verzweifeltsten Lage — der Ausgang sozialistischer Experimente sein würde.

Abwärts zum Ruin.

Die Entente hat unsere Wirtschaft, die vorher so blühend und groß war, vernichtet. Damit hat sie aber auch die Existenz hunderttausender deutscher Arbeiter vernichtet. Was noch übrig blieb, wird durch die unzähligen Streiks dem Ruin entgegengeführt. Wie es um die Zukunft unserer Wirtschaft steht, davon ergeben einige Zahlen ein Bild.

Unsere Vorräte an Steinkohle wurden durch die brutalen, auf die Dauer auf die Erdrosselung des deutschen Volkes abzielenden Friedensbedingungen von 195 Milliarden auf 78 Milliarden zurückgebracht. Die Förderung an Steinkohle, die im Jahre 1913 190 Millionen Tonnen betragen habe, wird sich in Zukunft auf nur noch 91 Millionen Tonnen belaufen, denn 60 Millionen Tonnen gingen allein durch die Abtragung des deutschen Landes verloren; ferner müssen 42,3 Millionen Tonnen auf Grund der Friedensbedingungen an die Entente geliefert werden. Während der industrielle und gewerbliche Bedarf in dem verkleinerten Deutschland vor dem Kriege 63 Millionen Tonnen betragen hat, werden hierfür für die Folge nicht mehr als 10 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen. Mit diesen Zahlen eröffnet sich ein geradezu trostloser Ausblick. Die Folgen liegen auf der Hand. Da Deutschland mit Rücksicht auf die ganze Lage des Weltkohlenmarktes wie im Hinblick auf die eigene Zahlungsfähigkeit gar nicht in der Lage sei, den Fehlbetrag von 53 Millionen Tonnen aus dem Auslande zu beziehen, müssen Millionen und Abermillionen Frauen und Männer von Deutschland ins Ausland abgestoßen werden, denn es fehlt jede Möglichkeit, sie auf deutschem Boden zu ernähren. Unsere Gegner haben, ihr Kriegsziel, die Vernichtung der deutschen Wirtschaft vorläufig erreicht. Statt daß nun die gesamte Arbeiterschaft, um die Wirtschaft wieder vorwärts zu bringen, alle Kräfte intensiver einsetzt, streift ein großer Teil, pulst über sich zu Demonstrationen auf die Straße getrieben. So wird den Gegnern von den U. S. und Spürstern in die Hände gearbeitet.

Ist das Sozialismus?

Bekanntlich nahmen die norddeutschen Seestädte, besonders Hamburg und Bremen, für sich in Anspruch, Vertreter des unerschütterten Sozialismus zu sein. Wie es ist, haben die Hausstädte bei ihren Kämpfen, Revolution und Auflösungen gezeigt. Nur gearbeitet wird in diesen sozialistischen Hochburgen nicht viel. Was dem deutschen Volke darauf an Wertem verloren geht, dafür ein kleines Beispiel:

Der amerikanische Dampfer „Dale Fontanel“, der bei Helgoland auf Grund geraten war, wurde nach Entladung nach Hamburg gebracht. Dabei stellte es sich heraus, daß der Dampfer ziemlich hart beschädigt war, so daß die Reparaturkosten sich auf 600 000 Mk. belaufen hätten. Der Auftrag wurde aber, so berichtet die „Weberzeitung“, keiner Hamburger Werft übertragen, weil die Werft infolge der Arbeitsverhältnisse gezwungen war, die Dauer der Reparatur auf acht bis zehn Wochen zu veranschlagen. Diese Zeit erschien den Amerikanern zu lang, da sich englische und amerikanische Werften mit drei Wochen, die in Hamburg vor dem Kriege auch nicht überschritten worden wären, auszulassen erklärten. Da die Arbeiter keine Ueberstunden mehr machen, die Sonntagsarbeit und insbesondere die Akkordarbeit aufgehoben ist, kann Deutschland in dieser Beziehung mit dem Auslande nicht mehr in Wettbewerb treten. Von der Kostensumme von 600 000 Mk. wären mindestens zwei Drittel auf Arbeitslöhne entfallen, während das erforderliche Material, das letzte Drittel beansprucht haben würde. Dieser ausländische Werftauftrag, der der deutschen Industrie verloren gegangen ist, bedeutet, daß uns 600 000 Mk. Gut haben im Auslande fehlen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. August, der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. August fällig.

Vorkalkulation und Akkordpreisfestsetzung an Werkzeugmaschinen.

Von Kollege Schirm-Essen.
(Fortssetzung.)

Eine neue Zeit ist für die deutsche Arbeiterchaft angebrochen; eine Zeit, wo auch die Arbeiterchaft bei der Festsetzung der Lohn- und Akkordpreise ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Die Zeiten sind erhellungsvoll, wo der Arbeiter und seine Arbeitskraft als Ware behandelt und bezahlt wurde. Heute ist auch er gleichberechtigter Faktor; er ist nicht mehr Objekt, sondern er ist Subjekt geworden. Seine Einlage in das Geschäft, Unternehmen oder Fabrik ist seine geistige und körperliche Arbeitskraft. Durch diese Einlage ist er gewissermaßen Teilhaber an dem Unternehmen geworden und hat als solcher in geschäftlichen Angelegenheiten ein Wort mitzureden. Das ist ein Reichsstandpunkt, von dem die Arbeiterchaft in Zukunft nicht mehr abweicht. Eine geschäftliche Angelegenheit ist vor allem:

die Festsetzung der Lohn- und Akkordpreise.

Bisher wurde diese Angelegenheit von den Unternehmern einseitig geregelt; daher auch die vielen Streitigkeiten und Lohnkämpfe im alten Deutschland. Wie schwer hielt es den Arbeitern, zu dem durch die Vorkalkulation festgesetzten Stillschlohn oder Akkordpreisen etwas zuzusetzen. Es hieß einfach: „Ru dem Preis haben wir die Arbeit angenommen und darüber hinaus können wir nicht zahlen.“ Dieses „Nicht-zahlenkönnen“ war eine Folge der von vielen Firmen betriebenen Schmutzkonkurrenz. Der Arbeiter aber war derjenige, der die Kosten des Geschäftsbetriebes zu tragen hatte. Denn nur durch Abwinken an den Löhnen der Arbeiter konnte diese Schmutzkonkurrenz zum größten Teil gerrieben werden. Nun wir uns einmal alle Summationsarbeiten, welche wir seit Jahren in den Zeitungen gelesen haben, ins Gedächtnis rufen. Waren die Mindestfordernden nicht jedesmal jene Unternehmer, die die erbärmlichsten Löhne zahlten und die unangenehmsten Arbeitsverhältnisse aufzuweisen hatten? Die Arbeiterwertigkeit des zu beratenden Materials ist nur nebenbei erwähnt. Erst dieser Tage las ich in einer Zeitung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks eine solche Summationsliste. In derselben forderte der württembergische Arbeiter eine Woche 1000 Mark, während der Höchstfordernde 1800 Mark herausgerechnet hatte.

„Da steht der Laie und der Fachmann wunderlich.“
Ist man angeht, solcher Rechenempel fagen. Daß derartige Angelegenheiten nicht allein auf billigerem Materialbezug, bessere Betriebsbedingungen und niedrigere Geschäftskosten zurückzuführen sind, sondern daß die Löhne

der Arbeiter und Angestellten erhalten müssen, liegt klar auf der Hand.

Es soll aber keineswegs gesagt werden, daß der Höchstfordernde unter allen Umständen richtig kalkuliert hat, oder daß er die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufweisen kann. Denn es gibt kein Punkt in der wissenschaftlichen Betriebsleitung, in dem so viel verkehrt gerechnet wird, als bei der Vorkalkulation. Ja, man kann ohne Uebertriebung sagen, daß es noch genug Handwerksmeister, Unternehmer und Fabrikanten gibt, die den Preis einer Arbeit nicht ausrechnen, sondern einfach abschätzen oder erraten. Dieses Kalkulieren findet man deshalb auch bei der Festsetzung der Lohn- und Akkordpreise.

Auch über den Modus, wie gerechnet werden muß, herrscht keine Einseitigkeit. Es gibt eine richtige und eine verkehrte Kalkulation.

Folgende Gegenüberstellungen sollen dieses beweisen.

Der eine Kalkulator rechnet so:

- 1. Materialkosten 20,- M.
2. Lohnkosten 15,- M.
3. Geschäftskosten (60 Proz. vom Lohn) 9,- M.
4. Selbstkosten 44,- M.
5. 25 Proz. Verdienst (von 1, 2 und 3) 11,- M.
6. Verkaufspreis 55,- M.

Der andere Kalkulator rechnet:

- 1. Materialkosten 20,- M.
2. Lohnkosten 15,- M.
3. Selbstkosten 35,- M.
4. 40% Regie (Geschäftskosten u. Verdienst) 14,- M.
5. Verkaufspreis 49,- M.

Wir sehen an diesem Beispiel, wie der eine Kalkulator aus einer Arbeit 55 M. und der andere nur 49 M. herausrechnet. Auf Grund der verschiedenen Rechenungsweise, ist also ein Unterschied bei Submissionsangeboten gegeben, trotzdem kann er aber nicht so groß in Erscheinung treten, wie es bei den meisten Submissionen der Fall ist.

Fachleute von gutem Ruf halten die Rechnung im ersten Beispiel für die richtige; dem schreibe ich mich durchaus an. Nehmen wir an, der Kalkulator im 2. Beispiel sei dem andern noch um 20 Prozent im Vorteil dadurch, daß er sein Material billiger kauft und daß er bessere Betriebsbedingungen hat, so ist der Unterschied im Verkaufspreis immer erst wie 1 zu 1,3. Wenn sich aber bei einer Willkürleistung zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot ein Verhältnis 1 zu 2,8 ergibt, dann steht fest, daß die Löhne der Arbeiter zum größten Teil die Kosten der Schmutzkonkurrenz haben tragen müssen. Die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, liegt im Interesse der Arbeiter und auch der Unternehmer. Das wirksamste Mittel hierzu ist die tarifliche Festsetzung der Lohn- und Akkordpreise und

ein einheitlicher Kalkulationsmodus. Daß die Löhne und Akkordpreise tariflich festgelegt werden können, ist eine feststehende Tatsache. Gewiß stehen dieser Regelung große Schwierigkeiten entgegen. Aber — — Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden und nicht sind sie da, um ihnen feige aus dem Wege zu gehen.

Die tarifliche Regelung der Akkordpreise setzen Fachkenntnis und Erfahrungen voraus. Beides zu erlangen, muß das Streben jedes christl. Gewerkschaftlers sein; denn dadurch nützen wir uns selbst, unserer Familie und unserem Stande.

Wollen wir Arbeiter uns in unserem Berufsleben wohl fühlen, dann müssen wir darnach streben, daß das Akkordwesen in geordnete Bahnen kommt. Die Akkordpreise müssen nach gerechten Grundsätzen berechnet und nicht geschätzt oder gar erraten werden. Um einfachsten liegt die Berechnung bei den

Hoblern, Stögern, Drehern, Fräsern, Bohren

und sonstigen Maschinen- und Bankarbeitern. Bei diesen Arbeiterkategorien läßt sich der Stück- oder Akkordpreis nach Schnittgeschwindigkeit und Vorschub berechnen. Auf Grund von Schnittgeschwindigkeit u. Vorschub lassen sich sehr wohl Tabellen über die verschiedensten Arbeiten zu einem Tarifvertrage aufstellen. Die Berechnung nach diesen beiden Faktoren ist eine weitverbreitete Rechenmethode. Wird die unproduktive oder tote Zeit in ihrer wirklichen Höhe in den Akkordpreis eingerechnet, dann ist die Akkordpreisberechnung nach Schnittgeschwindigkeit und Vorschub die gerechteste Rechenformel. Wenn diese Rechenformel zur Ermittlung der reinen Laufzeit angewandt wird, so darf aber, wie die Erfahrung lehrt, die Stunde nicht mit 60 Minuten in Rechnung gebracht werden. Es entstehen während des Ablaufens eines Schnittes Hemmungen (Sand- und harte Stellen im Material, Schleifen des stumpfen Stahles, Krüzung oder Reparatur des Messens usw.), durch welche die produktive Arbeit unterbrochen wird. Die Erfahrung lehrt, daß gerechterweise die Stunde nur mit 50 Minuten gerechnet

werden darf. Wenn das alles beachtet wird, dann wird kein Arbeiter etwas gegen die Berechnung nach Schnittgeschwindigkeit und Vorschub einzuwenden haben; denn dann steht Theorie und Praxis miteinander im Einklang.

Was versteht man unter Schnittgeschwindigkeit? Was darunter zu verstehen ist, läßt sich am besten an der Hobelmaschine bildlich vorführen.

Aus dem Verbandsgebiet

Gesellschaft. Kollege Jilkeles in seinem Referat weiter aus: Einerseits verweist man auf den Tarif und andererseits legt man ihn entgegen seinem Wortlaut aus und läßt den Machtspruch herbeibringen. Paragraph 4 des Tarifs sagt: „Die Betriebskommission soll paritätisch sein und abteilungsweise gewählt werden. Sie soll bestehen aus zwei bis drei Vertretern der Arbeitnehmer, die nach Möglichkeit den drei untergeordneten Metallarbeiterverbänden angehören sollen, und einer gleichen Anzahl von Vertretern des Arbeitgebers.“ Durch besondere Aufstellungen die Abteilungen Gießerei und Hochöfen betreffend, bewies Kollege Jilkeles auf Grund des Organisationsverhältnisses die Möglichkeit dem Paragraphen 4 entsprechen zu können. Doch in den meisten Abteilungen des Werkes wurde unser Verband in den Kommissionsabteilungen nicht anerkannt, Machtsprüche, brutale Gewalt sind einsehend. Und diese wird gebildet von den Organisationsvertretern des D. M. B. Wenn uns nicht schon bei den Tarifverhandlungen klar war, daß man gegenüber den Genossen ein „Trau, schau, wem“ an den Tag legen müsse, so ist's uns jetzt wieder bestätigt. Dort lehnte man die vom Redner vorgelegene präzisere Fassung ab, weil die Genossen Hilfe bei den Arbeitgebern fanden, die kein Verständnis für das Eigenleben einer Organisation beizubringen. Nicht nur bei der Firma, sondern auch bei der Arbeitsgemeinschaft haben wir gegen die einseitige Auslegung des Paragraphen 4 Einspruch erhoben und haben trotz abzuwartenden, ob das, was verbleibende Gewerkschaftsjahre bedeuten, auch von diesen Tarifkontrahenten gebüht wird. Wir müssen dieses bezeugen, zumal nicht auf anderen Werken hierüber beratige Differenzen entstanden sind und auch wie überall, wo wir die Mehrheit hatten, die Genossen zugezogen wurden bei den Kommissionsabteilungen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, aber bei U.S.P. gibt es keine Wege und keine Verständigung, sondern nur Herrmenschen. Die Herrmenschen von unten sind schlimmer als die von oben.

„Sein Wochen haben wir nun verhandelt, ohne daß etwas für die Arbeiterschaft herausgekommen ist“, so jammerte ein sozialdemokratisches Arbeitsausgangsmittels. So ist's, und erst als die Organisationsvertreter an der Verhandlung teilnahmen, kam ein Erfolg für die Arbeiterschaft heraus. Gespött waren die Bewegungen mit Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. In einer großen Versammlung sprachen sich gegen diese Mäler als Vertreter des sozialdemokratischen und Jilkeles als Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes aus. Mäler prüfte dabei eine klatschende Ohrfeige einstecken, indem ein Disziplinenscheder ihm vorwarf: „Als wir für den Arbeiterrat die Arbeit niederlegten und demonstrieren, da freute sich Mäler, und nun wollen wir anstatt für eine politische, für wirtschaftl. Forderungen demonstrieren, und nun sagt Mäler: wir sollten arbeiten.“ Und schon klappte Mäler um, sanktionierte den Versammlungsbeschluß nach Arbeitsniederlegung, verbeugte sich wieder einmal vor U.S.P. und sagte: „Nun, wenn es denn nicht anders sein soll, so schmeißt den Karren, dann steht aber auch ja, daß die Sache klappt.“ Damit dokumentierte man auch die Ohnmacht des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Sagte doch schon im Verlauf der Versammlung der Versammlungsleiter und Genosse Mathes: „Drei Spartakusse (es werden ihrer doch mehr sein) besserschaffen die Arbeiterschaft und zwingen sie zur Arbeitsniederlegung.“ O weh, 2500 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind macht- und ziellos gegenüber wenigen Diktatoren im Spartakusrod. Nachdem Müller in seiner Zustimmung der Masse geschmeißelt hatte, nahm Jilkeles noch mehr das Wort und wies auf die Gefahren der Arbeitsniederlegung hin. Die Besonnenen wären in solchen Augenblicken gegenüber den Erregten in der Minderheit. Jede Forderung sollte. Besonders an den Hochöfen könnten sich nicht alle Arbeiter bewußt sein, an wem der verantwortlichen Stelle sie händen. Der eine verlässe sich allzu leicht auf den andern. Ein Unglück wäre vielleicht möglich neben anderen Dingen, die man später am liebsten ungeschehen machen möchte. Durch die Demonstrationen könnten die Verhandlungen gestört werden. Dem Druck der Arbeiterschaft könne eventl. ein Gegenruck der Firma folgen. Wie lange wolle man da ohne Stütze der Gewerkschaft die Arbeit ruhen lassen? Diesen Ausführungen, die anfänglich mit Rabau begleitet waren, fanden nachher die ausdrückliche Billigung und Bestätigung vom gelb-roten Kapitalisten Stahl. Aber es blieb bei dem Beschluß der Arbeitsniederlegung, die denn auch prompt am anderen Tage während der Verhandlungen erfolgte. Auch sonst zeigte die Versammlung interessante Momente. Ein Antrag besagte, daß in Zukunft nur noch Kollegen vom Deutschen Metallarbeiterverband zu den Verhandlungen Zutritt haben sollen und Arbeitskontrolle stattdessen. Das können die Herrschaften haben, wenn nur ihre Verhandlungseinstellungen danach gehalten sind. Wenn aber alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes oder einzelner Abteilungen eingeladen werden, also auch die christlich organisierten, dann muß man auch folgerichtig deren Vertreter zulassen. Aber das letztere schert man, wie in folgender Resolution, die gleichfalls eingebracht wurde, zum Ausdruck kam. Sie lautete: „Die Versammlung möchte beschließen, daß in Zukunft der Christliche Metallarbeiterverband einen anderen Vertreter als Herrn Jilkeles zur Versammlung entsenden möge, da Herr Jilkeles sich gegenüber den Metallarbeitern schwer verhalten hat durch seine häufigen Verleumdungen in den Zeitungen.“

Nehmen wir einmal an, die Strecke von 1-2 sei 10 Mtr. lang und bewege sich in 1 Minute am Hohlstuhl vorbei, so entspräche das einer Schnittgeschwindigkeit von 10 Mtr.-Minuten und einer ebenfolgenden von 166 Millimeter-Sekunden.

Würde die Strecke 15 Meter lang sein, dann entspräche das einer Schnittgeschwindigkeit von 15 Mtr.-Minuten oder 250 Millimeter-Sekunden.

Wenn nun im Verlaufe dieser Abhandlung von Schnittgeschwindigkeit die Rede ist, so wird jeder Kollege wissen, was darunter zu verstehen ist. Die Schnittgeschwindigkeit ist aber, wegen der verschiedenen Härten und Zähigkeiten nicht bei allen Metallen gleich groß. Auch kommt es darauf an, aus welchem Stahl das zu bearbeitende Werkzeug hergestellt ist. Schnellstahl ist selbstverständlich leistungsfähiger wie gewöhnlicher Werkzeugstahl. Bei Hobel- und Stoßmaschinen ist unter Verwendung von Werkzeugen aus Schnellstahl die Schnittgeschwindigkeit folgende:

| Material | Schnittgeschwindigkeit in m-Minuten mm-Sekunden |
|-------------------------------|---|
| Nidelstahl | 10 166 |
| Stahlguß (weich) | 12 200 |
| Gußstahl und harte Bronze | 12 200 |
| S. W. Stahl, Eisen, Aluminium | 20 333 |
| Wotguß und Messing | 30 500 |

Da der Rücklauf bei Hobel- und Stoßmaschinen aber doppelt so schnell vor sich geht als der Hinlauf, so erscheinen diese Schnittgeschwindigkeiten höher als sie sonst bei diesen Materialien angenommen werden. In Wirklichkeit entsprechen sie aber den sonst üblichen Schnittgeschwindigkeiten.

Das Schnelligkeitsverhältnis zwischen Hin- und Rücklauf läßt sich am besten mittels einer Stoppuhr feststellen; und zwar bei den verschiedensten Hublängen. Infolge der verschiedenartigen Konstruktionen der Hobelmaschinen ist dieses Verhältnis nicht bei allen Maschinen gleich. Es würde ratsam sein, in solchen Betrieben die Maschinen in Klassen einzuteilen, wenn möglich nach Länge der Hubs und Schnelligkeit des Rücklaufs. Wo eine Klassifizierung nicht möglich ist, muß der Werkstoff für jede Maschine gesondert festgelegt werden.

Was versteht man unter Vorschub?

Darunter versteht man die Dide eines Spanes, der bei jeder Längsbewegung oder Umdrehung des zu bearbeitenden Materials durch das Werkzeug von demselben abgerennt wird. Bei Hobel- und Stoßmaschinen wird der Vorschub fast nur durch Zahnstich ausgeübt; und wird der gewünschte Vorschub durch entsprechende Einstellung des Transportbühlers erzielt. Je nach Anzahl der Zähne, schwankt der Vorschub zwischen 0,5 und 4,2 mm. Beim sogenannten Breitstichstich kann er bis zu 8 mm ansteigert werden. (Fortsetzung folgt.)

Obgleich Kollege Jilkeles in der Versammlung betonte, daß er alles, was er getan, gesprochen und geschrieben habe, aufrechtzuerhalten und mit seiner Person als Gewerkschaftsangehöriger bede, und nun die Einbringung der Resolution mehrmals aufforderte, ist gleiches zu tun und dieses durch Herausgabe von Namen und Adressen zu bekunden, es geschah dies nicht. Auch dann nicht, als Jilkeles diese Bitte noch mehrmals wiederholte und dann Veranlassung nahm, die Betreffenden als Feindlinge zu bezeichnen, sie waren und blieben feige Kriecher und Schwächlinge. Wohl ver sprach ein Ausnahmefall, Übermittlung der Adressen in einigen Tagen, doch man wartet vergebens. Es ist eben Genossenschaft. Verleumdungen nur feste zu, es bleibt doch immer etwas hängen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die ganzen Wandler bei der U.S.P. ihren Ursprung haben in einem fanatischen Religiosität, im Konturenzweid und mehr noch in einer unberechenbaren Graubildlosigkeit.

Die Verhandlung mit der Firma endete mit Genehmigung einer besonderen Erzeugungszulage von 100 Mark für Betriebsräte, und 60 Mark für Ledige. Desgleichen wurden die Löhne für die Schmelzer und Binnemacher, sowie Eisenhändler über den Tarif hinaus erhöht. Gerade das letztere kann sich mit Recht unser Kollege und Ausnahmefall Walligora als ein Erfolg seiner Bemühungen anrechnen. Schon in der Tarifkommission hat er als Mitglied derselben nicht nachgelassen, sich in besonderer Weise der Hochöfenarbeiter anzunehmen und hat hierin dann auch nicht nachgelassen, bis ein Erfolg herauskam. Das, ihr Hochöfenarbeiter, ist und bleibt die Wahrheit.

Was erwarten wir nun? Zunächst in jedem Falle Anerkennung und Gleichberechtigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, soweit der Tarif in Frage kommt. Des weiteren für alle Arbeiterausgangsmittelsmitglieder und Vertrauensmänner (also auch christlichen) gleiche Rechte. Und in der Herauskehrung und Zuanpruchnahme von Rechten ist man von Genossenschaft gar nicht so engberzig. Der rote Verband fährt nebenher auch gut dabei. Nur ein Beispiel: In einer Abteilung nimmt ein Kollege von uns Urlaub zum Besuch einer Versammlung. Dieser wird gewährt und die fehlende Stunde abgehalten vom Lohn. Kurze Zeit darauf nimmt die ganze Abteilung (90 Prozent Genossen) Urlaub, um eine Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu besuchen. Drei Stunden bleibt man fern und alles wird gut bezahlt. Das ist eine glatte einseitige Propagierung einer Organisation. Man versteht die Kullissen je nach dem Akt zu schieben.

Unsere Mitglieder sind folgendes zum Schluß gesagt: Notwendig ist Bekenntnis, Willensenergie, Solidarität. Wo unsere Kollegen die beiden erkannten Tugenden an den Tag legten, waren die Genossen mit ihren Prognosen halb fertig. Sie haben es nicht in der Hand, unsere Mitglieder zu entlassen. Die Firma hat auch in Arbeit genommen, das Verhältnis besteht in gegenseitiger Kündigung und nur durch die Firma nicht durch im Größenwahn schwimmende Ausnahmefälle und Genossen kann das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der Kündigungsfrist gelöst werden. Die Gesehgebung, als auch der weitgehende Schutz des Verbandes steht unsern Mitgliedern in jedem Falle zur Seite. Früher maßregeln die Scharfmacher von oben, heute die von unten. Wie groß muß doch die Verblendung auf jener Seite sein, daß man nicht die Verachtung, Nachsicht und Entwürdigung, die auf sozialdemokratischer Seite liegt, erkennen will. Eine Kontrolle des Mitgliedsausweises unterwerfen sich unsere Mitglieder nur unseren Vertrauensmännern im Betrieb und seinem Genossen. Wo Kollegen des Christlichen Metallarbeiterverbandes? Keine Angst, keine Nachsicht, keine gegenüber den roten Mäler. Solidarität, d. h. Zusammenhalten im Betriebe und mit den Vertrauensmännern und der Geschäftsstelle enge Fühlung halten. Vor Betriebsleitungen und den angehenden Stellen unser gutes Recht verteidigen. Wenn man uns die Anerkennung verweigert, dann müssen wir sie uns erzwingen. Ein jeder muß sich unserer Stärke bewußt sein. Sie liegt nicht nur in dem zahlenmäßigen Mitgliederstand im Betriebe, nein, auch in der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, die heute eine Mission Mitglieder vereinigen. Erst recht in der Entwicklung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, besonders nach der Revolution, also in einer Zeit, in der Rot die beherrschende Farbe in Deutschland war. Unser Einfluß im Reich, in Staat und Kommunen ist gewaltig geworden. Wir sind und bleiben ein ausfallgebender Faktor. Das ist auch in Gelsenkirchen, wenn die Christl. Arbeiterschaft nur will zum Gesamtwohl aller Arbeiter. Die 500 Mitglieder innerhalb der Verwaltungshalle Gelsenkirchen des Christlichen Metallarbeiterverbandes sind ein gar beachtenswertes Gegengewicht gegenüber den 10 000 Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hier selbst. Und unsere Position wäre noch besser, wenn der 1. rote Bevollmächtigte hier am Orte sich in den Versammlungen nicht mehr brüsten könnte, mit der Tatsache, die auch uns besonnt ist, daß Hunderte stramme Kitzgänger und gut religiöse Männer und Jungens sich in seinem Verbands befinden. Leider muß diese Majestätsläugerei christlicher Arbeiter festgesetzt werden. Sie misshandeln sich, ihren Stand und das Christentum selbst. Neben den religiösen Sonntagsblättern „Die christliche Familie“ oder des „Evangelischen Sonntagblattes“ haben Hunderte Familien heute des Sonntags das sozialistische Gewerkschaftsblatt in ihren Familien. So wird auf der anderen Seite untergraben, was auf der einen ertragen und gepflegt wird. Was sagte doch Weber: „Ich will 20 Jahre ein Gewerkschaftsblatt schreiben, ohne das Wort Sozialdemokratie darin zu gebrauchen, und doch erziehe ich meine Leser zu überzeugten Sozialdemokraten.“ Mindestens Tausende von Mitgliedern hat heute der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in seinen Reihen, die auf nichtsozialdemokratischem Boden stehen, um diese Zahlen könnte und muß sich die Position des Christlichen Metallarbeiterverbandes noch bessern, der heute schon 200 000 Mitglieder zählt. Jedes hier 200 000 Mitglieder aber muß sich als ein Lebendiges Glied fühlen und bestätigen. In den Mitgliederversammlungen und durch unser Verbandsorgan wollen wir uns geistig stärken, dann werden wir jeden Kampf bestehen und die Zukunft erobert unter der Parole: Vorwärts immer, rückwärts nimmer.

Mit diesen Worten beendete Kollege Jilkeles seine Ausführungen, die durch Zustimmungsworte fortlaufend aus der Versammlung unterbrückt und mit starkem Beifall aufgenommen wurden. Aus der Mitte der Versammlung lief folgende Resolution ein: „Die im lokale Maschine tagende, von Hunderten von bei der Gelsenkirchener Bergwerks U.S.P. beschäftigten Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes besuchte Versammlung spricht ihre Entrüstung über die zu Tage tretenden Menschenfeindlichkeit und den Terror des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei der U.S.P. aus. Die Versammlung erklärt, daß sie in ihrem Geschäftsführer, Kollegen Jilkeles, nach wie vor ihren geeignetsten Vertreter sieht und ihm Dank und volles Vertrauen ausdrückt. Versammlung verpflichtet sich, für eine weitere Ausbreitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu wirken und bekundet erneut ihr Erregelbndis zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“ Nach der nun folgenden Aussprache fand die Resolution einstimmige Annahme. Starke Enttäuschung löste in der Aussprache noch die Mitteilung hervor, daß einem Kollegen von Genossenschaft verboten worden war, eine Sammlung auf die vom Kartell herausgegebenen und durch Stempel legitimierten Listen zusammen zu bringen der zurückkehrenden Kriegsgenossen zu veranstalten.

In vorgeschriebener Mittagsstunde, aber in irenem Ausgaren aller Besucher, erreichte die imponant verlaufene Versammlung ihr Ende. Ihr Zweck, Aufklärung und neue Begeisterung in die Reihen der Mitglieder zu tragen, war erfüllt und so Befriedigung allseits ausgelöst worden.

Dlpe. Die Vertrauensleute des Christlichen Metallarbeiterverbandes der Verwaltungshalle Dlpe waren am Sonntag, den 20. Juli, zur Konferenz in Dlpe zusammengetreten. Kollege Schrage gab in seinem Situationsbericht das Ergebnis der Lohnbewegungen aus dem 1. Halbjahr 1919 bekannt. Danach wurden im Bereich der Verwaltungshalle 31 Lohnbewegungen geführt. 26 von unserem Verband allein und 5 mit anderen Organisationen. Beteiligt waren 1744 Volkarbeiter, 119 weibliche und 258 jugendliche. Als Erfolg wurde erzielt für 134 Mitglieder 3,00 M., 42 Mitglieder 3,00 M., für 438 Mitglieder 6,00 M., für 50 Mitglieder 7,00 M., für 325 Mitglieder 9,00 M., für 28 Mitglieder 17,00 M. und für 10 Mitglieder 25,00 M. pro Woche. Insgesamt für 2046 Mitglieder 30 715,- M. pro Woche. Auf das Jahr gerechnet 1 597 180,- M. Für das einzelne Mitglied betrug die Aufbesserung 7,80 M. pro Woche oder 405,00 M. pro Jahr. Außerdem konnte eine weitere Erhöhung der Löhne für „Kalle

„Schichten“ oder Postenarbeiten erzielt werden. Mit diesen Bewegungen, die eine bessere Wirtschaftlichkeit der Dlpe in den Betrieben herbeiführten, waren wichtige Vorarbeiten für die Schaffung der Tarifverträge geleistet. Der Tarifvertrag für Dlpe ist dann nach schweren Kämpfen abgeschlossen und bereit auf die Betriebe übertragen. Die Verhandlungen über den Tarifvertrag für den Bereich der Verwaltungshalle dürften ebenfalls in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Damit sind weitere wirtschaftliche Verbesserungen erzielt und vor allem das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesichert. Angesichts dieser Erfolge müssen auch von den Mitgliedern die Erfüllung der Pflichten gegenüber der Organisation verlangt werden. In der Opferwilligkeit diese man nicht erlahmen und für die Agitation müssen die letzten Kräfte bereitgestellt werden. — Nachdem der Redner die Tätigkeit des Verbandes in der Lebensmittelförderung, auf sozialpolitischem Gebiete usw. geschildert hatte, machte er am Schluß seiner Ausführungen die Mitteilung, daß der Kreisverband dem von unserem Verbands gestellten Antrag auf Erzielung eines Gewerbegerichts zugestimmt habe. An diesem Gericht schloß sich eine lebhaft Aussprache an, der sich auch Kollege Schmitz (Dulstburg) in längeren Ausführungen beteiligte. Der gute Wille der Konferenz kam in folgenden einstimmig gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck: 1. Innerhalb des 3. Quartals treten alle Mitglieder der 3. Beitragsklasse in die 2. Klasse über. 2. Im 3. und 4. Quartal 1919 ist von allen Mitgliedern ein Extrabeitrag zu Gunsten der Bezirks- bzw. der Postenklasse zu leisten. 3. Werden obige Beschlüsse restlos durchgeführt, so erhalten die von der 3. zur 2. Klasse übergetretenen Mitglieder sofort Anrecht auf die Unterzahlungsätze der 2. Klasse und wird diese Mehrbelastung von der Postenklasse getragen.

Im Anschluß an diese anregend verlaufene Konferenz schloß sich eine öffentliche Versammlung, in welcher vom Kollegen Schmitz in fesselnder Form das Thema: „Die christliche Arbeiterbewegung eine Kulturbewegung der Gegenwart und Zukunft“ behandelt wurde. Redner wies hin auf die äußere Erwartung der deutschen Arbeiterbewegung und die innere Reife der freien Gewerkschaften. Über lang oder lang wird die Explosion im sozialistischen Lager erfolgen und wird sich die Schaltung auf die Gewerkschaftsbewegung im sozialistischen Lager auswirken. Um die Aufmerksamkeit von diesem Wibe der Partei nicht abzulenken, kommt man heute wieder mit dem Schlagwort „Einheitsorganisation“ und will sich damit gegen die christliche Arbeiterschaft wenden. Der Kampf um unsere Organisation ist ein Kampf um die Volksherrschaft. In 50jähriger Agitationsarbeit hat die Sozialdemokratie den Massen große Versprechungen und hohe Preise vorzugesagt, daher legt die große Enttäuschung der Massen. Dann behandelte Redner die hohen Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung, die von einer großen stillen Idee getragen sei und verlangt, daß die menschliche Gesellschaft von Menschlichkeit und Gerechtigkeit getragen sei. Diese stillen Idee steht sowohl der Sozialdemokratie als auch dem Kapitalismus. — Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Kollege Schrage forderte in seinem Schlußwort auf, mit neuer Energie und echtem Bekenntnis für die hohen Ideale unserer Bewegung und damit unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes einzutreten.

Stolberg. (An die verkehrte Adresse.) Auf Stolberger Werken wurde der Arbeiterschaft durch Anschlag folgendes bekannt gemacht:

An unsere Belegschaft. Als wir heute Zeichen dafür, wie man selbst in dem von uns befreundeten Ausland über die Zukunft Deutschlands denkt, geben wir unserer Arbeiterschaft nachstehende Auslassung einer Schweizer Zeitung, des Werner Tagblattes, zur Kenntnis: Unbestimmt um die Weltlage streift das deutsche Proletariat, feiern die Eisenbahner, Sabotieren die Seeleute die Häfen. Man muß diesen Schreden und ihren unübersehbaren Folgen gegenüber endlich einmal sagen: Wenn in einem Lande nicht bald Ordnung und Arbeit zur Herrschaft gelangen, dann verlieren eure Freunde die Geduld und die Hoffnung, daß ihr euch wieder erholen könnt, und damit verliert ihr auch den Boden des Doppelts, den Kredit.

Man will sich mit einem Volke nicht einlassen, dessen Arbeiter durch ihre Unbotmäßigkeit jedes Beliefern ausfallen. Nachdem in letzter Zeit häufiger derartige Mahnungen aus dem Auslande an uns gelangt sind, die jedoch leider in den Weiterleitungen nicht zur Berührung kommen, geben wir unserer Arbeiterschaft auf diesem Wege Kenntnis von der Ansicht des Auslandes über uns.

Soweit die organisierte Arbeiterschaft in Frage kommt, wendet sich das betreffende Werk an die verkehrte Adresse, denn in den Arbeiterzeitschriften, wenigstens soweit die Presse der christlichen Gewerkschaften in Betracht kommt, ist über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach allen Seiten die notwendige Aufklärung erfolgt. Ehe man Behauptungen aufstellt, als wenn die Arbeiterzeitschriften nicht die notwendige Aufklärung schaffen, soll man aber auch die Stolberger Arbeiterschaft nicht mit Mahnungen belästigen, die für dieselben nicht am Platze sind. Die Werke, die derartige Anschläge machen, mögen sich mal zu Lohnverhältnissen aufschwingen, die der teuren Lebenshaltung entsprechen, denn in diesen Fällen fehlt nach dieser Seite hin noch eine gute Portion soziales Empfinden.

Um basjenige, was die neutrale Presse über Deutschlands Arbeiterschaft schreibt, von der Stolberger Arbeiterschaft fernzuhalten, müssen von Seiten verschiedener Arbeitgeber aber auch halb andere Wege eingeschlagen werden. Die Behauptung des Koalitionsrechtes, das das abstrakte Ablehnen von Verhandlungen mit den Arbeiterführern, das wenig Verständnis für die tatsächliche Lage des Arbeiterstandes hat, und vor allen Dingen das Unterbinden der Freizügigkeit muß endlich Endes die Arbeiterschaft ins rabulale Lager treiben. Möge auch endlich der Teil der Stolberger Arbeiterschaft, der noch von dem alten Geist des Herrenmenschen besetzt ist, sich mit der neuen Zeit abfinden. Nur dann wird es möglich sein, die Stolberger Industrie vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

Branchenbewegung.

Bechenmetallarbeiter.

In der Nr. 120 des Echo-Wirts vom 25. Juni 1919 wird über eine Bezirkskonferenz des Gewerbevereins Christlicher Bergarbeiter Bezirk Wörs berichtet, wo es bezüglich der Verhandlungen beim Bechenverband am 13. 6. 19 u. a. heißt:

„Um den andern Berufsorganisationen die Möglichkeit ihrer Teilnahme an den Verhandlungen mit dem Bechenverband zu beweisen, hat man die Metallarbeiter, Bauhandwerker, Holzarbeiter und Eisenbahner desmas hinzugezogen. In Zukunft ist dies aber ausgeschlossen. Was bisher für alle Bergarbeiter erreicht wurde, ist von den Bergarbeiterverbänden getätigt worden. Man hat sich ausdiesmal mit der Frage beschäftigt, die Unorganisierten, und als solche sind alle auf den Bechen und deren Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter zu rechnen, die nicht den vier Bergarbeiterverbänden angehören, von der Lohnerböhung auszuschließen. Man hat diesmal in Hinsicht auf die Forderung noch davon Abstand genommen. Damit ist aber jetzt Schluss. Der Gewerbeverein hat die Vorarbeiten zur Ausarbeitung eines Lohntarifs im Bergbau aufgenommen. Sobald diese Arbeit beendet und darüber mit dem Bechenverband verhandelt ist, sind diejenigen Bergleute, die nicht in den vier Bergarbeiterverbänden organisiert sind, von allen Berechnungen ausgeschlossen und dem Unternehmer rückwärtslos überlassen. Inzwischen werden die Verbände schon weitere Vorkehrungen treffen.“

In der angenehmeren Entschließung heißt es u. a. weiter: „Die Konferenz erwartet daher mit großer Spannung die Beschlüsse der Konferenz, die hoffentlich in nächster Zukunft dahin gewirkt wird, daß bei...“

anlassungen im Bergbau die Unorganisierten ausgeschlossen werden. Die Unorganisierten fordern wir heute zum letzten Mal auf, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen, eine Zwangsmaßnahme ergriffen werden müssen.

„Auch im „Bergknappen“, d. h. im Organ des Gewerkschafts Christlicher Metallarbeiter, ist in der Nr. 25 vom 21. Juni, allerdings etwas verschleiert, u. a. ähnliches zu lesen: „Bei der Verhandlung am 13. Juni beim Besenverband wurde von den Bergarbeitervertretern der Wunsch geäußert, daß die Zulagen nur dem organisierten Kollegen gegeben werden. Wegen der dadurch entstehenden Schwierigkeiten erklärten die Besenbesitzer, diesem Wunsch nicht entsprechen zu können. Die Erfüllung dieser Forderung ist aber nur eine Frage der Zeit. Es wird ja auch bald zu Tarifverträgen im Bergbau kommen. Solche Verträge können aber nur für die Mitglieder der Organisationen abgeschlossen werden. Mögen sich daher die unorganisierten Kameraden im Bergbau beeilen und recht bald den Bergarbeiterverbänden beitreten, damit sie dann auch an den Erfolgen teilnehmen können.“

Da ein Vertreter unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes am 13. Januar an der Verhandlung beim Besenverband teilgenommen hat, möchten wir dazu bemerken, daß seitens der Arbeitgeber sofort auf die Schwierigkeit und Unmöglichkeit, derartige durchzuführen, verwiesen wurde mit der Schlussfolgerung, daß damit die Angehörigen anderer gewerkschaftlich aufgebauter Organisationen ebenso wie die Unorganisierten von allen eintretenden Verbesserungen ausgeschlossen würden.

Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß die Erfolge, die durch die Organisation erzielt werden, nicht den Unorganisierten zugute kommen sollen, die gern da ernten wollen, wo andere gesät haben. Diesen Drohnen unter der Arbeiterschaft jaget ein kleiner Stippenstich nichts, durch den sie auf ihre Organisationspflicht aufmerksam gemacht werden. Jedoch die Mitglieder anderer Gewerkschaften als der Bergarbeiterverbände als „Unorganisierte“ zu betrachten und zu behandeln, ist schon mehr als Unfug und Größenwahn seitens der Bergarbeiter, was an den Bräuer gestellt werden muß.

Was ein Bergarbeitervertreter bei der Verhandlung am 13. Juni anführte, daß Verträge, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen würden, bindende Gültigkeit nur für die beiderseitigen Mitglieder haben könnten, darf doch niemals dahin in Anwendung gebracht werden, daß die Mitglieder anderer gewerkschaftlicher Berufsorganisationen von eintretenden Verbesserungen ausgeschlossen werden. Das wäre blinder Terror, der sich bitter rächen würde. Man möge sich auf Bergarbeiterseite hüten, den Bogen zu überspannen. Wenn der Besenmetallarbeiterverband einmal der Gebührenden reist, dann regt man sich auf anderer Seite auf wie letztes im April, wo angeblich die Besenmetallarbeiter ebenso wie die Kommunisten und Sozialisten einen Streik führten. Wir haben die Ungelegenheit ja bereits im Verhandlungsorgan festgestellt. Letzten Endes sind die Besenmetallarbeiter nicht so sehr auf die Bergarbeiter angewiesen, als die Bergarbeiter auf die Besenhandwerker, Feiger und Maschinenisten.

In der Nr. 30 des „Bergknappen“ wurden die Anträge zur Generalversammlung des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter bekanntgegeben. Unter den Anträgen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, finden wir e. l. f., die u. a. darauf hinausgehen, eine reichsweite Anerkennung der vier Bergarbeiterverbände als Zwangsorganisation zu erwirken. Ferner sollen alle mit dem Besenverband vereinbarten Abmachungen in Lohn- und sonstigen Fragen des Arbeitsverhältnisses nur noch den Mitgliedern der vier Bergarbeiterverbände zugute kommen. Sobald diese Abmachung erfolgt ist, beträgt das Eintrittsgeld bei allen Verbänden für bis dahin unorganisierte 25 M. Dann sollen seitens des Besenverbandes keine Arbeiter mehr beschäftigt werden, die nicht den vier Bergarbeiterverbänden angehören.

Wie gesagt, man kann es verstehen, wenn verlangt wird, die durch die gewerkschaftlichen Organisationen erzielten Erfolge sollen nicht den Unorganisierten zugute kommen. Aber die Angehörigen anderer gewerkschaftlicher Organisationen als der betraglich bestehenden Verbände von den Vereinbarungen ausschließen oder sie bei verweigertem Uebertritt noch brotlos machen zu wollen, ist blinder Terror, der sogar gegenüber Mitgliedern von Bruderverbänden ausgeübt werden soll. Wir im Christlichen Metallarbeiterverband vertreten keine Zwangsorganisationen oder Zwangscoalitionen.

Wenn beispielsweise unser Christlicher Metallarbeiterverband in der Metallindustrie Tarifverträge abschließt, legt er auch Wert darauf, daß die vereinbarten Löhne und Bedingungen nur bindend sind für die den anerkannten Gewerkschaften angehörenden Mitglieder, d. h. natürlich auch für die organisierten Holz- oder Bauarbeiter usw. Dasselbe verlangen wir für die Besenmetallarbeiter im Bergbau. Durch anderweitige Auslegung und Anwendung wird die Koalitionsfreiheit auf das schwerste bedroht.

Wir leben doch in einem freiheitlichen Staate, wo für jedermann die Koalitionsfreiheit gesetzlich gewährleistet ist. Wenn das die Gewerkschaftsmitglieder, die derartige Anträge stellen, nicht einsehen, können sie uns leid tun. Sie werden sich Nutzen binden, mit denen sie selbst begünstigt werden. Unserer Meinung nach kann man aber auf Besenmetallarbeiter, die infolge der Drohung mit dem eventuell zu zahlenden Eintrittsgeld von 25 M. zu den Bergarbeiterverbänden übertreten sollen, lange warten, die Besenmetallarbeiter werden sich zu wehren wissen.

Wir möchten die maßgebenden Stellen der Bergarbeiterverbände dringend warnen, den Streik um die Organisationszugehörigkeit der Besenmetallarbeiter nicht auf die Spitze zu treiben, der Spieß könnte sich mal umdrehen. Die Besenmetallarbeiter wissen, daß sie in ihre Berufsorganisation, die Metallarbeiterverbände gehören.

Nicht eher können wir die beiden Anträge der Bezirkskonferenzen des Gewerkschafts in Wattencheid und Dorsten beschließen, die besagen, es solle beim Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften eine Regelung der Grenzstreitigkeiten über die Besenmetallarbeiter herbeigeführt werden. Wir wünschen nichts sehnlicher als das, müssen jedoch dem einseitigen Standpunkt der Antragsteller, daß die Besenmetallarbeiter ohne weiteres den Bergarbeiterverbänden zugesprochen werden sollen, unseren gegenteiligen Standpunkt entgegenhalten, daß die Besenmetallarbeiter nur einmal in die Metallarbeiterverbände gehören. Wenn wenigstens seitens der Antragsteller eine Verständigung vorge schlagen wäre, die beide Teile einigermaßen zufriedenstellen könnte. Hoffentlich kommt diese Ansicht noch.

Nun wird in der „Essener Arbeiterzeitung“ vom 18. Juli über eine am 15. Juli stattgefundene Konferenz der Besen-Betriebsräte des Essener Bezirks berichtet, wo in der Aufschlüsselung unter Hinweis auf die Vereinbarungen zwischen dem Besenverband und den Arbeiterorganisationen betont wurde,

„daß die in der Verhandlung vom 30. Juli gemachten Zugeständnisse nur denjenigen Bergarbeitern zugute kommen können, die in einer Organisation der bestehenden Arbeitgemeinschaft organisiert sind. Zur Durchführung dieses Gedankens soll in der letzten Zukunft eine Kontrolle der Zugehörigkeit zu einer dieser Organisationen stattfinden.“

Etwas Ähnliches wird von einer Konferenz der Besen-Betriebsräte in Bochum berichtet. Die „Essener Volkszeitung“

bringt am 20. Juli denselben Bericht über die Konferenz der Besen-Betriebsräte des Essener Bezirkes und auch denselben von Bochum.

Bei dem Einfluß, den die Besenbetriebsräte besonders auf manchen Besen haben, besteht die Gefahr, daß die in den Metallarbeiterverbänden organisierten Besenmetallarbeiter geschädigt werden können, wenn die Beschlüsse der Besenbetriebsräte dahin ausgelegt werden, daß nur die Mitglieder der vier Bergarbeiterverbände die Schichtzulage erhalten sollen, und diese Auslegung durch Zwangsmaßnahmen und Gewaltanwendung in die Tat umgesetzt wird. Man will anscheinend einen Druck auf alle in ihren Berufsverbänden organisierten Besenhandwerker, Holzarbeiter, Bauarbeiter, besonders aber auf die Besenmetallarbeiter ausüben. Bei diesem Versuch der Bergarbeiter, die Besenmetallarbeiter zu terrorisieren, wird jedoch vorläufig der Wunsch der Vater des Gedankens sein und bleiben, wenn die Besenmetallarbeiter sich auf dem Posten halten.

Kollegen! Wenn eine Buchkontrolle stattfindet, haben sich unsere sämtlichen Vertrauensleute an der Kontrolle selbst zu beteiligen. Kein Mitglied unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes hat sein Mitgliedsbuch irgend jemand auszuhändigen. Nicht jeder auf sein Mitgliedsbuch oder seine Mitgliedskarte! Nur in Untzweckheit eines Vertrauensmannes unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes ist bei einer eventuellen Kontrolle das Buch vorzuzeigen, aber niemals auszuhändigen!

Gas- und Wasserwerke.

Tarifabschluß zwischen dem Arbeitgeberverband der Niedersächsischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Hannover einerseits, und dem Christlichen Metallarbeiterverband, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Gewerkschaftsverband der Arbeiter, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands, dem Christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband, dem Zentralverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands andererseits.

Nach zweitägigen Verhandlungen ist zwischen den oben genannten Organisationen ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der zum erstenmal die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Niedersachsens einheitlich regelt. Es werden etwa 60 Orte und Werke unter diesen Vertrag fallen, umfassend die Hauptstädte Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Osnabrück, Hildesheim, Minden. Neben der Regelung der Arbeitszeit, Ueberzeitarbeit, Entlohnung, Schlichtungsweisen und allgemeinen Bestimmungen ist für die Arbeiter ein Erholungsurlaub eingeführt worden, der betragen soll bei ununterbrochener einjähriger Tätigkeit drei Tage, nach dreijähriger Tätigkeit vier Tage, nach vierjähriger Tätigkeit fünf Tage, nach fünfjähriger Tätigkeit sechs Tage Urlaub. Arbeiter unter 20 Jahren erhalten nach ununterbrochener einjähriger Tätigkeit drei Tage Ferien. Krankheit oder militärische Dienstzeit gelten nicht als Dienstunterbrechung.

Die verschiedenen Orte sind in vier Ortsklassen eingeteilt und sind die Löhne je nach den Feuerungsverhältnissen verschieden. Die Arbeiter selbst sind in Handwerker, angelernte Arbeiter in verantwortungsvollen Dienststellen, in angelernte Arbeiter in weniger verantwortungsvollen Dienststellen und in ungelernete Arbeiter eingeteilt. Nachstehende Löhne wurden tariflich festgelegt:

| Gruppe A. Gelernete Handwerker. | Alter in Jahren | | | Ortsklasse |
|--|-----------------|-------|---------|------------|
| | 18-20 | 21-25 | über 25 | |
| Schlosser, Schmiede, Dreher, Maurer, 1.— | 1.20 | 1.35 | 1.50 | IV |
| Mechaniker, Uhrmacher, sofern sie 1.20 | 1.45 | 1.65 | 1.85 | III |
| nachweislich ein Handwerk erlernt 1.40 | 1.75 | 1.95 | 2.15 | II |
| haben und als Handwerker beschäftigt werden 1.60 | 2.05 | 2.25 | 2.45 | I |
| Gruppe B. Angelernte Arbeiter für verantwortliche Dienststellen, Kesselwärter, Feiger, Maschinenisten, Schaltbrettwärter, Rohrleger und Monteure | 0.85 | 1.— | 1.20 | IV |
| | 1.05 | 1.20 | 1.45 | III |
| | 1.25 | 1.45 | 1.65 | II |
| | 1.50 | 1.70 | 1.95 | I |
| Gruppe C. Angelernte Arbeiter. Hilfskesselwärter, Hilfsfeiger, Hilfsmaschinenisten, Hilfsmonteure Hilfsinstallateure, Hilfsrohrleger, Kesselreiniger | 0.80 | 0.90 | 1.05 | IV |
| | 1.— | 1.10 | 1.25 | III |
| | 1.20 | 1.35 | 1.50 | II |
| | 1.40 | 1.60 | 1.75 | I |
| Gruppe D. Ungelernte Arbeiter. | 0.75 | 0.85 | 0.95 | IV |
| | 0.90 | 1.05 | 1.20 | III |
| | 1.10 | 1.25 | 1.40 | II |
| | 1.30 | 1.50 | 1.65 | I |

In Gruppe A gelten die Löhne der niedrigsten Altersklassen für die Zeit nach beendeter Lehrzeit bis zum 20. Jahre.

Die Löhne für ungelernete und angelernte Arbeiter unter 18 Jahren unterliegen der freien Vereinbarung; sie sollen jedoch betragen: für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren in Ortsklasse IV nicht unter 0,60 M., in Ortsklasse III nicht unter 0,75 M., in Ortsklasse II nicht unter 0,85 M., in Ortsklasse I nicht unter 1,00 M.

Es liegt jetzt an den Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß die getroffenen Vereinbarungen überall durchgeführt und eingehalten werden. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß die noch abseits stehenden Kollegen unserem Verband zugeführt werden.

Jugendbewegung.

Auf einen Versuch kommt es an.

Sie können es nicht lassen! Das Aufblühen unserer Jugendgruppen, das selbständige Handeln unserer jungen Kollegen auf gewerkschaftlichem Gebiet scheint den Herren des „roten Sagers“ stark auf die Nerven gefallen zu sein, so daß sie jetzt auf Mittel und Wege sinnen, um ein weiteres Emporkommen zu verhindern. Mit langst abgedroschenen Phrasen tritt man an unsere Kollegen heran, um sie zum Aus- und Uebertritt zu bewegen. Ihr seid noch zu jung, um einer Gewerkschaft anzugehören, werdet erst mal trocken hinter den Ohren! Wer soll sich unserer Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter u. Arbeiterinnen annehmen, wenn es die Gewerkschaften nicht tun? Wer gewährt ihnen Schutz, Rat und Hilfe auf der Arbeitsstelle u. bei allen Anliegen des Lebens? Wer sorgt für bessere Ausgestaltung der Lehrverträge? Wer unterrichtet sie in Versammlungen, Unterrichtsabenden und Kurse in staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen? Etwa diejenigen, die nichts unterrichten lassen, sie uns zu entziehen? Als ordentliche Parteimitglieder der U. S. P. mögen sie

wohl herangezogen werden, um bei jedem „internationalen“ Streik hinter der roten Fahne herzuläufen. Noch andere Gründe werden von unläuterer Elemente geltend gemacht, um eine Verpflichtung in unseren Reihen herbeizurufen. „Die Christlichen Gewerkschaften sind katholische Gewerkschaften!“ Entweder haben die Ausposauner dieser „klug- und hiebfeisten“ Worte keine blasse Ahnung von gewerkschaftlichen Fragen oder sie wollen auch jetzt nicht davon absehen, wie bisher mit Lug und Trug zu arbeiten. Sollte das Erstere zutreffen, möchte ich doch den Genossen mal empfehlen, sich zu unterrichten über den beinahe 10jährigen Kampf unserer Seite mit den katholischen Fachabteilungen Berlin, oder ich empfehle ihnen die Broschüre zu lesen: „Der Köhler Gewerkschafts-kongress“, der ja auch ihren Angehörigen eine glänzende Niederlage bereitet hat.

Sollte aber das Letztere zutreffen, daß sie mit Lug u. Trug arbeiten wollen, dann sind unsere Kollegen jedenfalls so geschäftig, um auf solche Agitationsreden eine richtige und derbe Antwort geben zu können. Undernfalls mögen sie aber nicht betreiben werden, wir auch dazu übergehen mal das „Sündenregister“ der „freien, politisch und religiös neutralen“ Gewerkschaften aufzuschlagen und ins richtige Licht zu rufen.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse

(Monat Juni.)

Friedrichshafen 137,32 M., Remscheid 1600 M., Gelsenkirchen 62,50 M., München 408,96 M., Opladen 2800 M., Regau 188 M., Pforzheim 1500 M., Lippstadt 1000 M., Wasseralfingen 800,81 M., Göttingen 450 M., Oer 500 M., Rottensberg 500 M., Hannover 500 M., Pforzheim 86,41 M., Offenbach 1940,16 M., Niedersachsch 206,34 M., M.-Glabbach 3153,73 M., Barmen 2500 M., Gelsenkirchen 59,50 M., Albstadt 1169,35 M., Kiel 500 M., Frankfurt 442,71 M., Bielefeld 600 M., Werchölz 4000 M., Dälmen 512,95 M., Frankenthal 68,38 M., Mannheim 19,02 M., Steinbach-Hall 12,84 M., Solingen 6000 M., Münster 1000 M., Dinklage 300 M., M.-Glabbach 4000 M., Ravensburg 17,61 M., Stolberg 3000 M., Bielefeld 300 M., Karlsruhe 219,33 M., Schramberg 500 M., Götterst 78,60 M., Zültingen 200 M., Schweinfurt 1000 M., Mannheim 1500 M., Weingarten 1000 M., Belber 3150 M., Witten 1000 M., Frankfurt 1000 M., Ingolstadt 400 M., Remscheid 6500 M., Bielefeld 400 M., Giesheim 800 M., Offenbach 437,06 M., Opladen 8000 M., Nürnberg 2921,09 M., M.-Glabbach 2000 M., Gutsa 1000 M., Lippstadt 1000 M., Felde 1400 M., Pforzheim 1900 M., Remscheid 3000 M., Bisingen 442,70 M.

Versammlungs-Kalender

- Freitag, den 8. August.
 - Duisburg-Obermederck. 6 Uhr bei Laak, Bügelstraße.
 - Sonntag, den 9. August.
 - Elberfeld. 7 Uhr bei Herkenrath, Klopfbahn 5.
 - Berthel-Hillgenhaus. 7.30 Uhr Versammlung.
 - Herfeln. 7.30 Uhr bei Geilarth, Mühlentor.
 - Dortmund-Dorf. 7 Uhr im Lokal Samm, Linsalstraße.
 - Samm (Eleg). 4 Uhr im großen Saale der Wirtschaft Röß in Pracht.
 - Duisburg-Mederck. 6 Uhr Vertrauensmännerführung bei Kl. Katland.
 - Essen. Dreher Lehrlinge. 5 Uhr Fachkurs im Alfredshaus, Frohnhauser Straße 19. Leiter: Kollege Fuchs.
 - Sonntag, den 10. August.
 - Essen-Ruppelb. Neben Sonntag morgens 11 Uhr findet in der Aula der Rektorschule der Fachkurs für Dreher statt. Leiter: Kollege Fuchs.
 - Mülheim-Oberhausen. Die vierteljährliche Hauptversammlung findet um 3 Uhr im Gesellenhause zu Mülheim, Althoffstraße, statt. Alle Delegierte, Vorstandsmitglieder und Betriebsvertrauensleute wollen sich für die Teilnahme freihalten.
 - Buer-Erl. 10 Uhr findet im Lokal Wirt Wigger die Monatsversammlung statt.
 - Münst. 6 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Hemmersbach, Müstun, Ecke Sonn- und Matensstraße.
 - Mülheim-Broich-Spehorf. 11 Uhr bei Sönnig, Umenallee.
 - Röln-Mülheim. 10.30 Uhr im Gesellenhaus, Binger Straße 8.
 - Langerfeld. 11 Uhr bei Korte am Markt.
 - Hilpberg. 4 Uhr öffentliche Versammlung im Jugendheim zu Sultroß.
 - Darlabden. 10.45 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“.
 - Weldena. Monatsversammlung in der Wirtschaft Kottmann.
 - Röln-Ehrenfeld. 10.30 Uhr im Lokale Wittkamp, Benloer Straße.
 - Westerholt. 10 Uhr bei Kapelle.
 - Glabbach. 10.30 bei Wogoth.
 - Giesfeld. 5 Uhr bei Johann Kastenholz.
 - Essen-Mittelfeld. 11 Uhr Sektion bei Olmes, Annastraße.
 - Essen-Menden. 10.30 Uhr Sektion bei Wini, Altondorfer Straße 299.
 - Essen-Borbeck-Tellwig. 11 Uhr Sektion bei Wro. Puhlmann, Weidkamp.
 - Essen-Borbeck-Schönebeck. 11 Uhr Sektion bei Hausmann, Fliegenbusch.
 - Essen-Mittelfeld-Nord. 11 Uhr Sektion bei Sponheuer, Karlstraße.
 - Essen-Steel. 11 Uhr Sektion bei Radowitsch.
 - Essen-Bechen. 11 Uhr Sektion bei Pabera.

- Montag, den 11. August.
 - Gladwintel. 8 Uhr im Hirsch.
 - Karlstraße. Gladwintel abends 8 Uhr im Hirsch.
 - Dienstag, den 12. August.
 - St. Biefang. 6 Uhr bei Riders, Wecker Straße.
 - Mittwoch, den 13. August.
 - Duisburg-Mederck. 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Kleine Katland.
 - Essen. Elektrolehrlinge. 6.15 Uhr Fachkurs im Gesellenhaus, Steeler Straße 36.
 - Donnerstag, den 14. August.
 - Duisburg-Stadt. 7 Uhr Mitgliederversammlung bei von der Weypen.
 - Essen-Katernberg. 7 Uhr Sektionsversammlung bei Sanders, Bruchstraße, Zierloch. 7.30 Uhr bei Plügge, Wasserstraße.
 - Hagen-Börsinghausen. Bis auf weiteres jeden Donnerstag abend 8 Uhr Unterrichtslehrlinge der Jugendgruppe bei Simon.
 - Dortmund. 6 Uhr im goldenen Löwen, L. Kampstraße. (Vertrauensmänner).
 - Hansborn-Brachhausen I. 6 Uhr beim Wirt Schenckmann Mitgliederversammlung. Die Bücher sind mitzubringen.
 - Sonntag, den 16. August.
 - Berthel-Mültrath. abends 7.30 Uhr Versammlung.
 - Barmen. 7 Uhr bei Vindermann, Oberdörnerstraße.
 - Dortmund-Warten. 7 Uhr bei Korte.
 - Essen-Areg. 7 Uhr Sektionsversammlung bei Heihoff.
 - Essen-Bergedobed. 7 Uhr Sektionsversammlung bei Knepper, Bocholler Straße.
 - Essen. Fachsektion der Elektromonteur. 7 Uhr Versammlung im Gesellenhaus, Steeler Straße 36.
 - Sonntag, den 17. August.
 - Dortmund I. 10.30 Uhr im goldenen Löwen, L. Kampstraße.
 - Röln-Ehrenfeld. 10.30 Uhr für den Bezirk Bienenhof im Lokale Zimmermann, Subbelratherstraße, Ecke Roghusstraße, Bezirksversammlung.